

INDIVIDUALITÄT UND *Selbstbestimmung*

Herausgegeben
von Jan-Christoph Heilingner,
Colin G. King
und Héctor Wittwer



Akademie Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-05-004575-7

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 2009

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten.
Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein
anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere
von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder
übersetzt werden.

Satz: Frank Hermenau, Kassel

Druck: MB Medienhaus Berlin

Bindung: Grafisches Centrum Cuno, Calbe

Einbandgestaltung: Matthias Gubig, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

Vorwort	11
---------------	----

<i>Jan-Christoph Heiling</i> / <i>Colin Guthrie King</i> / <i>Héctor Wittwer</i> Individualität und Selbstbestimmung. Einleitung und Zusammenfassung der Beiträge	13
---	----

Leben und Vernunft

<i>Dorothea Frede</i> Der Mangel als <i>principium individuationis</i> bei Platon	37
--	----

<i>Jürgen Mittelstrass</i> The Philosophical Self and the Identity of Philosophical Rationality	55
--	----

<i>Josef Simon</i> Gegenstand und Selbstbezug. Zur individuellen Komponente der Erkenntnis im Anschluss an Kant	63
---	----

<i>Robert B. Pippin</i> Nietzsches neue Psychologie als „Erste Philosophie“. Das Problem der Selbsttäuschung	77
--	----

<i>Marcus Willaschek</i> Der eigene Wille. Zum Zusammenhang zwischen Freiheit, Selbstbestimmung und praktischer Identität	91
---	----

<i>Hubert Markl</i> Unser entscheidungsfähiges Gehirn. Oder: Der freie Geist des unfreien Menschen	113
--	-----

Anerkennung, Pluralismus und Demokratie

1. Zwei Befunde

Der Streit um die Mohammed-Karikaturen in der dänischen Tageszeitung Jyllands Posten im Frühjahr des Jahres 2006 und die in kurzen Abständen immer aufs Neue aufflackernde Debatte über die Dringlichkeit einer deutschen Leitkultur für alle, die im Lande leben wollen, sind Hinweise für immer deutlicher zutage tretende Defizite im Integrationsprozess. Die Gesellschaft hat sich noch nicht darauf eingestellt, was Liberalität und Demokratie in einer kulturell pluralistischen Gesellschaft wirklich bedeuten, wenn beide für alle Bürger unabhängig von ihrer religiösen oder kulturellen Identität den gleichen Wert haben sollen. Das aber ist die Voraussetzung gelingender Integration der Religionen und Kulturen in der liberalen Demokratie.

Worin besteht denn der Geltungssinn der politisch-kulturellen Grundwerte der liberalen Demokratie und der politisch-rechtlichen Institutionen, die ihrer Sicherung dienen? Im Kern doch darin, dass nur diejenigen Normen und Regeln für alle verbindlich gemacht werden sollen, die ihnen größtmögliche Freiheit gewährleisten, um im Übrigen so verschieden sein zu können, wie sie es selber wünschen. Es geht also in der liberalen Demokratie um die Verbindlichkeit allein desjenigen Minimums an Normen und Regeln, durch das das Maximum individueller Freiheit, also das Recht auf Verschiedenheit sichergestellt werden kann.

Was in Deutschland und anderswo in Europa aber zu beobachten ist, seit die Erkenntnis allmählich zu reifen beginnt, dass unsere Gesellschaften nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer kulturell vielfältige Einwanderungsgesellschaften bleiben werden, sind zwei zunehmend diesem Ziel zuwiderlaufende Tendenzen. Die eine ist eine verdeckte Kulturkampfmoralität bei Teilen der gesellschaftlichen und publizistischen Multiplikatoren, die andere eine wachsende Islamophobie in der Breite der ganzen Gesellschaft selbst.

Das interdisziplinäre Zentrum für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld hat ermittelt, dass die Islamfeindlichkeit in Deutschland in den letzten Jahren mit weiter steigender Tendenz rapide zugenommen hat und mittlerweile mehr als die Hälfte unserer Gesellschaft erfasst (Leibold/Kühnel 2006). So meinten im Jahre 2005 60 % der deutschen Bevölkerung, Islam und Terrorismus seien weitgehend identisch – und zwar um so mehr, je weniger sie vom Islam wissen und je weniger ihnen die großen Unterschiede vertraut sind, die diese Religion ausweist. Es droht die Gefahr, dass sich die in empirischer Sicht von Grund auf falsche und im Hinblick auf das Zusammenleben der Kulturen in dieser Welt desaströse These des *Clash of Civilizations* von Samuel

Huntington durch eine sich selbst ernährende neuartige Kultur-Kampf-Industrie durch die Hintertür in vielen Köpfen festsetzt und dann auf allen Seiten eine Wirkung entfaltet, als wäre sie begründet (Huntington 1996). Ihre entschiedensten Anhänger sind ja nicht zufällig die Fundamentalisten aller Lager.

2. Eine Art Kultur-Kampf-Industrie

Beim Hochschrauben der Missverständnisse über die Kultur der Anderen scheint sich ein merkwürdiger Mechanismus einzuspielen, eine Art Kultur-Kampf-Industrie. Sie ist im Begriff, nach längerem Vorlauf die an verschiedenen Orten der Welt entstandenen Zulieferwerkstätten systematischen kulturellen Missverstehens zu einer veritablen weltweiten Produktionsgemeinschaft zusammenzufügen. Die beteiligten Ko-Produzenten dieser Industrie arbeiten nach gemeinsamen Regeln, in reibungsloser Arbeitsteilung, zu gegenseitigem Nutzen, an einem gemeinsamen Produkt, das nur zustande kommt, wenn alle Mitwirkenden ihren je besonderen Beitrag dazu leisten, auch wenn sie alle zugleich daran interessiert sind, den gegenteiligen Eindruck zu erzeugen.

Die Ursprünge, Abläufe und Folgen des nun fast schon wieder vergessenen Karikaturen-Streits, der sich freilich jederzeit nach gleichem Muster wiederholen kann, haben schlagartig die Akteurskoalitionen, Motive, Regeln und die Serienprodukte dieses politisch-kulturellen Betriebs sichtbar werden lassen. Sie haben aber auch, anders als bei der eingespielten Kulturindustrie, an die wir uns gewöhnt haben, vor Augen geführt, mit welchen Kosten zu rechnen ist, wenn dieses Verfahren weiter Schwung gewinnt und welche Rechnung dabei am Ende präsentiert wird. Denn dabei geht es keineswegs bloß um die Entertainisierung der interkulturellen Kommunikationsverhältnisse, sondern um die planvolle Arbeit an wirklicher wechselseitiger Verfeindung.

Die Akteure der Kulturkampf-Industrie zeigen sich in ihrer adversen Arbeitsteilung bestens synchronisiert und bei der Einbeziehung der Massenmedien, ohne die das Ganze nicht funktionieren kann, als Profis im jeweiligen Metier, aber eben je nach Standort und verfügbaren Produktionsmitteln perfekt diversifiziert. Jeder von ihnen zog seinen Gewinn aus der Sache, manche hatten bloß Spaß bei der Arbeit, andere hatten offenbar die großen metaphysischen Emotionen und nicht wenige das Hochgefühl, ihrer Kultur an der vordersten Frontlinie der Gefährdung durch altböse Feinde einen rühmlichen Dienst zu erweisen.

Fünf Akteursgruppen lassen sich unterscheiden. Sie werden sich, soviel wurde im Karikaturenstreit idealtypisch deutlich, in ähnlicher Weise und Aktionsform jederzeit an vielen Orten, je nach Anlass auch ein wenig anders gesellt, für eine neue Runde rasch und geübt zusammenfinden.

Da sind, erstens, die *rechts-populistischen Scharfmacher* in der multi-kulturellen Demokratie, die für den erhofften politischen Gewinn der Vorurteilsschürung emsig am gezielten Missverstehen der Kulturen und Religionen arbeiten. Sie möchten die Anderen pauschal als Feinde der eigenen Kultur verdächtigen. Sie sind überall am Werk, wo kulturelle Differenzen zum politischen Missbrauch verlocken.

Da sind, zweitens, die *religiös-fundamentalistischen Eiferer* und Gewalttäter, durchaus nicht nur in islamischen Gesellschaften, die Anlässe, auf die sie anspringen können, geradezu herbeisehnen, um sich als einzig kampfbereite Verteidiger der verletzten Würde ihrer Religion in die Gemüter ihrer Glaubensgenossen einbrennen zu können. Sie hoffen, auf diese Weise ihrer erschlichenen Legitimation als allein berufene Repräsentanten ihrer Kultur ein wenig Substanz zu verleihen. Bleibt das erwünschte Stichwort aus, schlagen sie auch gerne selber los.

Da sind, drittens, die *machtzynischen Autokraten*, nicht nur im Iran und in Syrien, die bei solchen Gelegenheiten ihren unterdrückten Gesellschaften mit gesteigerten Erfolgsaussichten vormachen können, in den entscheidenden Belangen eben doch der beste Anwalt ihrer „Ehre“ zu sein und auf diese Weise den Anschein aufpolieren, ihre Unterdrückungspolitik sei nötig, um die eigene Tradition gegen ihre Feinde zu bewahren.

Da sind, viertens, erstaunlich genug, aber auch vermeintliche „*Wächter*“ der *westlichen Zivilisation*, die sich durch pauschale Akte der Solidarisierung gegen die „Anderen“ mit geringen Kosten und oft noch geringerer Sachkenntnis im vermeintlichen Interesse der Freiheit in die Bresche schlagen, wo doch in alle Richtungen zuallererst Unterscheidung geboten wäre. Sie übernehmen den Heldenpart.

Und da sind, keineswegs zuletzt, die *Massenmedien*, nicht alle, aber zu viele, die als Katalysatoren die Sache anheizen, den Produzenten die Kunden zuführen und den Unternehmern der Kultur-Kampf-Industrie den Markt richten.

Die Medien spielen bei alldem durchaus eine Schlüsselrolle. Als Generalunternehmer der Aufmerksamkeitsindustrie machen sie im öffentlichen Informationsinteresse die Auslöser-Ereignisse zunächst in Echtzeit weltweit publik und bringen den dann allmählich in Gang kommenden Herstellungsprozess der Kulturkampf-Produkte durch unterschiedliche Grade der Beimischung ihrer Marktinteressen und deren eingeborener Selektivität kräftig in Schwung. Sie liefern die schnellen Bilder zur allseitigen Empörung aus allen Ecken und Enden der Welt, so dass sich der pakistanische Mob abends selbst über CNN im Fernsehen bewundern und seine Horrorerfolge beim abendländischen Publikum überprüfen kann, um sich für die nächste Runde der Raserei zu motivieren.

Entsprechend der Medienlogik haben dabei wie üblich die Bilder von Konflikt, Gewalt und Schaden absoluten Vorrang vor Ereignissen der Verständigung, des demokratischen Wandels und den ganz überwiegenden Normalfällen interkultureller Ko-Existenz in allen Gesellschaften dieser Welt. Der Krieg macht bessere Bilder. Die fortwährende Selektion des Überspitzten gibt ihm Nahrung. Die Wirklichkeit der interkulturellen Beziehungen und der intra-kulturellen Zustände bleibt auf der Strecke. Das gilt insbesondere auch für den Alltag der Integration in unserer Gesellschaft, der in der Dramatisierung medial sensationalisierter Einzelereignisse wie „Ehrenmorde“, Zwangsheiraten und dergleichen komplett verdeckt wird.

Neu daran ist nicht die Logik der marktgängigen Brisanzherzeugung selbst, sondern die Qualität des Sprengstoffs, mit dem in diesem Falle gespielt wird. Das wirkungsvollste Rezept seiner Anreicherung ist die Unterschlagung der riesigen inneren Unterschiede in den Religionen und Kulturen der Anderen und, wo diese keine Erfolgsaussichten hat, wenigstens deren *Maroinalisierung*.

Neu ist aber auch der an das Narrativ der „Unendlichen Geschichte“ erinnernde Mechanismus des Übersprungs der bloß medial erzählten Geschichte in das Leben selbst, der polemischen Karikatur aus dem Reich der Medienwirklichkeit in den blutigen Kampf auf den Straßen an den entlegensten Orten der Welt und dann wieder hin und zurück. Das vor allem ist eine Qualität der neuen Kultur-Kampf-Industrie, die unsere besondere Aufmerksamkeit herausfordert. Sie würde die Grundlagen des Zusammenlebens in unseren kulturell vielfältigen Gegenwartsgesellschaften nachhaltig unterminieren, wenn ihr nicht beizeiten eine Kultur der Differenzierung entgegengesetzt wird.

3. Politische Kultur und lebenskulturelle Differenz

Die alle verbindenden Normen, die eine liberale Demokratie braucht, um auf die Dauer lebensfähig zu sein, sind Normen der *politischen* Kultur und nicht der religiösen Identität oder der Alltagsethik der Lebensführung. Die rechtsstaatliche Demokratie würde unweigerlich in dem Maße mit sich selbst in Widerspruch geraten und ihre Glaubwürdigkeit verspielen, wie sie über diejenigen Normen hinaus, die die autonomen lebensweltlichen Entfaltungsspielräume der in ihr Lebenden sichern sollen, auch noch kulturelle Regeln der Lebensweise für alle selbst verbindlich machen wollte (Meyer 2002). Ein solcher Übergriff wäre der erste Schritt in ein fundamentalistisches Kulturverständnis, das nicht nur die Regeln der Moral und des Rechts für alle verbindlich machen will, sondern darüber hinaus der spezifischen Ethik eines der miteinander lebenden Kollektive Verbindlichkeit auch für die Anderen zusprechen will. Die Idee der rechtsstaatlichen Demokratie schließt jede Forderung als illegitim aus, die kulturelle Normen über das für ihre Bestandssicherung erforderliche qualitative und quantitative Maß hinaus verbindlich zu machen. Die politische Kultur ist ein mit der allgemeinen Kultur verwobener Teil der Gesellschaft und in gewissem Maße, wie Jürgen Habermas es nannte, durch sie ethisch imprägniert (Habermas 1997). Sie umfasst diejenige Teilmenge der Einstellungen, Orientierungen, Emotionen, Werturteile, Kenntnisse und Verhaltensdispositionen der allgemeinen Kultur, die sich speziell auf das politische Zusammenleben beziehen.

Zur Klärung der Zusammenhänge zwischen allgemeiner und politischer Kultur sind zwei grundlegende Differenzierungen erforderlich. Zuerst zum Begriff der Kultur selbst. Alle Kulturen unserer Zeit sind dynamische soziale Diskursräume, in denen verschiedene Akteursgruppen unterschiedliche Vorstellungen davon entwickeln, wie die Tradition in den Glaubensüberzeugungen, der Alltagsethik und den Formen des Zusammenlebens fortgesetzt werden soll und was sie im Lichte neuer Erfahrungen bedeuten kann. Infolgedessen differenzieren sich die Festlegungen, Normen, Überzeugungen, Gewohnheiten, die eine Kultur ausmachen, und vor allem ihre Geltungsbereiche, heute überall zunehmend auf drei deutlich zu unterscheidenden Ebenen aus. Diese stehen miteinander in Wechselwirkung, gewinnen aber dennoch ein erhebliches Maß an Unabhängigkeit voneinander, bis hin zur weitgehenden Autonomie. Zu unterscheiden sind:

1. Die Ebene des Lebenssinns, der metaphysischen Sinngebungen und Heilserwartungen (*ways of believing*). Bei diesen Orientierungen handelte es sich um das, was im Kern

aller Weltanschauungen und Religionen steht, nämlich ein Angebot an Wegen für individuelle und kollektive Sinnorientierungen, Lebens- und Heilsgewissheiten.¹

2. Die Ebene der individuellen und kollektiven Lebensführung, also der Lebensweisen und der alltäglichen Lebenskultur (*ways of life*). Dabei handelt es sich insbesondere um Praktiken, Gewohnheiten, Ethiken der Lebensweise, Rituale der Lebensführung, Umgangsformen, Lebensästhetiken, Essgewohnheiten und vieles andere mehr, also um Orientierungen der praktischen Lebensführung und deren expressiven Symbole, mithin all das, was in aller Regel zuerst an einer anderen Kultur ins Auge sticht und häufig besonders nachhaltig die Gewohnheit der Menschen prägt, die mit den entsprechenden Praktiken und Routinen aufgewachsen sind.
3. Die Ebene der sozialen und politischen Grundwerte des Zusammenlebens mit anderen (*ways of living together*). Hierbei handelt es sich vor allem um die Grundwerte für das Zusammenleben verschiedenartiger Menschen in derselben Gesellschaft und demselben politischen Gemeinwesen, also um die sozialen politischen Normen wie etwa Gleichheit oder Ungleichheit, Individualismus oder Kollektivismus, Toleranz, Freiheit, Geschlechtergleichheit.

Es zeigt sich nun in der empirischen Betrachtung aller großen zeitgenössischen Kulturen, dass Individuen und Kollektive, die die kulturellen Orientierungen der Ebene 1 miteinander teilen, äußerst unterschiedlicher Einstellung auf den Ebenen 2 und 3 sein können, ebenso wie Menschen aus tiefliedender Überzeugung die Normen der Ebene 3 teilen können, ohne auf den anderen beiden Ebenen Gemeinsamkeiten miteinander zu haben.

Es liegt auf der Hand und wird vor allem von der neueren Alltagskultur- und Milieuforschung immer aufs Neue bestätigt, dass etwa zwei gläubige protestantische Christen (Ebene 1) in unserer eigenen Gesellschaft extrem unterschiedliche alltagskulturelle Lebensweisen wählen können, der eine z. B. eine „kleinbürgerliche“, der andere eine „alternative“, in ihren sozialen und politischen Grundwerten dann aber wieder übereinstimmen könnten, z. B. in einer egalitären-liberalen Position oder auch entgegengesetzte Positionen vertreten können, der eine z. B. egalitär-liberal, der andere anti-egalitär-illiberal.

Die bisher vorliegenden empirischen Studien belegen, dass diese Art der Entkopplung der drei kulturellen Ebenen in allen großen Kulturkreisen der Gegenwart zu beobachten ist, wobei der Islam dabei keineswegs eine Ausnahme bildet (Meyer 2002). Es gibt aber gleichzeitig auch in allen Kulturen soziale Milieus, die die nahtlose Identität aller drei Ebenen gegen den modernen Trend ihrer zunehmenden Differenzierung aufrechterhalten wollen und darum im Französischen Integristen, sonst Fundamentalisten genannt werden. Nach allem, was wir wissen, können sie in keiner der Kulturen der Welt heute den Anspruch erheben, die Mehrheit ihrer Gesellschaft zu repräsentieren, obgleich sie aufgrund ihrer aggressiven Lautstärke und Gewaltbereitschaft in vielen Fällen deren Außenbild dominieren. Und keine der Kulturen ist frei von ihnen (Marty/Appleby 1996).

In empirischer Betrachtung sind also alle Kulturen *dynamische soziale Diskursräume*, die sich je nach Erfahrungen, Konflikten und Außeneinflüssen intern hochgradig ausdif-

1 Also um das, was in der Terminologie Max Webers „Soteriologie“ genannt wird (Weber 1978).

ferenzieren, so dass unterschiedliche Kollektive bzw. Milieus in ihnen dieselben Traditionen jeweils in ganz unterschiedlicher, mitunter sogar entgegengesetzter Weise weiterführen. Der Prozess der Differenzierung findet auf allen drei kulturellen Ebenen statt, obgleich die allgemeinste Ebene der Sinn- und Heilserwartungen häufig besonders kontinuierlich ihren, wenn auch mit der Zeit ausgedünnten, Vorrat an Identitätsangeboten zur Verfügung stellt.

In diesem dynamischen Prozess spielen in der Gegenwart zunehmend, wie im Übrigen ja in der Geschichte immer schon, kulturelle Außeneinflüsse und infolgedessen Formen der Synthese zwischen der eigenen Überlieferung einer Kultur und Elementen des „Anderen“ eine beträchtliche Rolle. Der kulturelle Differenzierungsprozess ist unvermeidlich immer auch ein Prozess der voranschreitenden Hybridisierung. Darum ist Wolfgang Welsch zuzustimmen, wenn er diagnostiziert, dass wir es bei genauer Betrachtung in der Moderne bei allen Formen kultureller Identität im Grunde in diesem Sinne immer schon mit Phänomenen der *Transkulturalität* zu tun haben (Welsch 1994). In einem gewissen, wachsenden Maße sind die Kulturen der Gegenwart nicht mehr die Herder'schen hermetisch verschlossenen Kugeln, sondern unweigerlich offene Transkulturen.

Der normative Funktionssinn der liberalen Demokratie, ihre evolutionäre Bedeutung angesichts des beschriebenen historischen Faktums der zunehmenden kulturellen Differenzierung besteht nun gerade darin, die Festlegungen auf der dritten Ebene (Institutionen sowie soziale und politische Grundwerte) so zu treffen, dass ein möglichst großer Spielraum der Entscheidungsfreiheit auf den Ebenen 1 (Religion) und 2 (Lebenskultur) entsteht und vor allem die Verbindlichkeiten, die allen im gleichen politischen Gemeinwesen Lebenden auferlegt werden müssen, auf die politisch-kulturelle Ebene zu beschränken. Die beiden Ebenen der privatautonomen Handlungsfreiheit, Glauben und Lebensführung, sind der Entscheidung und Verantwortung der Individuen und sozio-kulturellen Kollektive vorbehalten. Das ist die Sphäre der abwehrenden Freiheitsrechte. Die politische Kultur der Demokratie kann sich demnach legitimerweise *explizit* nur auf Übereinstimmungen auf der Ebene 3 beziehen, also auf die sozialen und politischen Grundwerte des Zusammenlebens und des Schutzes der Individuen und Minderheiten.

Diese Garantien kann die rechtsstaatliche Demokratie allerdings nur geben, weil und solange die Grundwerte der dritten Ebene durch die Art und Weise der kulturellen Identitätsbildung und Praxis auf den anderen beiden Ebenen nicht in Frage gestellt wird. Fundamentalistische oder essentialistische Formen kultureller Identität verträgt die rechtsstaatliche Demokratie daher prinzipiell nicht. Diese können aber auch in der empirischen Realität keiner der kulturell-religiösen Traditionen der Gegenwart den Anspruch erheben, die authentische, geschweige denn allein legitime Form der kulturellen Selbstbehauptung derjenigen Tradition zu sein, in deren Namen sie sprechen.

Fundamentalismus bezeichnet den Anspruch, die partikulare Glaubenspraxis und Lebensführung eines der tatsächlich vorhandenen zahlreichen sozio-kulturellen Milieus, sei es innerhalb einer kulturellen Tradition oder kulturübergreifend, für alle anderen verbindlich machen zu wollen oder ihnen eine Führungsrolle zuzuschreiben (Meyer 1989). Alle großen kulturell-religiösen Traditionen differenzieren sich seit langem in einen traditionalistischen und einen liberalen bzw. modernisierenden Zivilisationsstil der Interpretation der Überlieferung aus, gegen die der Fundamentalismus als dritte Haupt-

strömung sich wendet. Kulturelle Identität gibt es aus diesen Gründen auch *innerhalb* der großen kulturell-religiösen Traditionen in der Gegenwartswelt nur noch im Plural. Das ist der eindeutige empirische Befund.

Schon die von uns mangels griffiger Alternativen weiter geführte essentialistische Redeweise von *den* Religionen und Kulturen pflanzt die Missverständnisse fort. Freilich bestehen weiterhin weltweite Ungleichzeitigkeiten in der Gesellschaftsentwicklung, die dazu führen, dass etwa der christliche Ursprungsgehalt in den sozialen Kulturen des „Westens“ nicht mehr das Ganze umfasst, sondern sich in schrumpfende Teilbereiche zurückzieht und seine Spuren im Ganzen allmählich verwehen. Dieser „schwachen“ Prägung steht fürs erste immer noch die weit „härtere“ Prägung der realen Sozio-Kulturen durch die religiöse Überlieferung in weniger modernisierten Gesellschaften gegenüber. Das erklärt auch das unterschiedliche Höhenmaß ihrer religiösen Tabuschwellen. Daher funktioniert in einigen ihrer relevanten Milieus die kalkulierte Provokation des Tabubruchs wie auf Bestellung, während sie durch Gewöhnung oder Gleichgültigkeit in anderen umgehend verpufft.

Die empirische Analyse zeigt aber ganz unzweideutig, dass nunmehr die inneren Unterschiede innerhalb aller Religionen, Kulturen und Gesellschaften deren Realität kennzeichnen. Alle Religionen dieser Welt haben ihre Schattenseiten, in denen der Fundamentalismus gedeiht, und alle haben sie ihre Lichtquelle, die Wege der Verständigung weist. In allen Gesellschaften dieser Welt, ganz gleich, von welcher der religiösen Traditionen sie beeinflusst sind, ob Christentum oder Islam, Hinduismus oder Judentum, Konfuzianismus oder Buddhismus, finden wir heute drei Grundströmungen des sozialen und politischen Selbstverständnisses.

Überall, gerade auch im Islam, gibt es zunächst *liberale Modernisierer*, die aus ihrer religiös kulturellen Überlieferung die zeitgemäßen praktischen Konsequenzen ziehen: persönliche Freiheit und Pluralismus, Individualität und Vielfalt, Vorrang für vernünftige Verständigung in allen öffentlichen Angelegenheiten, kurzum: Grundrechte und Demokratie als Ordnung des Zusammenlebens. Diese demokratisch liberale Strömung ist in einigen Gesellschaften im Laufe der Zeit breit und mächtig geworden, sie ist aber nirgends, auch nicht in Europa und schon gar nicht den USA, unangefochten. Nicht zu vergessen, dass keine der religiösen Traditionen der Welt mit einem liberal demokratischen Programm zur Welt gekommen ist, die christliche hat das erst nach fast zwei Jahrtausenden illiberaler Hegemonie und am Ende von anderthalb Jahrhunderten erbitterter interner konfessioneller Bürgerkriege vielerorts geschafft.

Es gibt, neben den *Traditionalisten* als zweite Grundströmung, überall auf der Welt und in allen Religionen und Kulturen die spektakuläre Sektion der *Fundamentalisten*. Groß und aktuell dort, klein und rückständig hier, aber, da alle Kulturen im Fluss sind, nirgends in dauerhafter Position. Sie bekämpfen religiöse Gleichberechtigung und universelle Grundrechte im Namen ihrer vermeintlichen Wahrheitsgewissheit. Selbst in den USA haben sie, in ihrer christlichen Spielart, bedrohlich große politische Macht und im Iran herrschen sie, in ihrer islamischen Variante, fast totalitär (Marty/Apleby 1996). Eine Mehrheit sind sie noch nicht einmal in ihrer momentanen Hochburg, dem Iran. Sie können, wenn heftige soziale, wirtschaftliche und kulturelle Krisen eine Gesellschaft schütteln und korrupte Eliten keine Aussicht auf Besserung bieten, vorübergehend eine beträchtliche

Anhängerschaft verzweifelter oder gekränkter Menschen mobilisieren. Ihr Einfluss ist aber nicht von Dauer, denn sie verfügen über keine pragmatischen Lösungen für die sozialen und wirtschaftlichen Nöte ihrer Anhänger und ihre gewaltsame Vormundschaft in Glaubensfragen widerspricht der Botschaft aller Religionen.

4. Braucht die liberale Demokratie eine Leitkultur?

Im Lichte dieser Befunde ist die Forderung nach einer, womöglich zudem „deutschen“, Leitkultur zu diskutieren. Dabei wird eines sogleich deutlich. Sobald der Anspruch auf eine Leitkultur innerhalb der liberalen Demokratie erhoben wird, die Festlegungen auf den Ebenen 1 oder 2, Glaubensfragen und Lebensführung, für alle Bürgerinnen treffen will, die über das für die gemeinsame politische Kultur Unerlässliche hinausgehen, werden die Ansprüche der rechtsstaatlichen Demokratie verletzt und damit im Kern schon der fundamentalistische Übergriff auf die Rechte und anerkennungsfähigen Identitäten anderer von Seiten der Mehrheitskultur selbst vollzogen.

Die „Leitkultur“, die eine rechtsstaatliche Demokratie von Rechts wegen für alle Bürgerinnen und Bürger als Orientierung verbindlich machen kann und auf deren Verankerung in der Gefühls- und Denkwelt ihrer Bürgerinnen und Bürger sie u. a. im Bildungssystem hinwirken muss, um die Voraussetzungen ihres eigenen institutionellen Bestands zu sichern, darf daher den Kernbestand der politischen Kultur, also die Ebene 3, nicht überschreiten. Freilich müssen die prinzipiell privatautonen Festlegungen der anderen Ebenen den Anforderungen der dritten Ebene entgegen kommen und dürfen nicht in einem prinzipiellen Widerspruch zu ihnen geraten. Auch empirisch gesehen werden nicht begründungsfähige Überschreitungen der dritten Ebene gerade Distanz und Entfremdung der betroffenen Gruppen gegenüber der Demokratie schaffen und damit deren Stabilität und Existenzbedingungen untergraben. Die rechtsstaatliche Demokratie bedarf keiner Übereinstimmungen auf den Ebenen 1 und 2, sondern nur deren prinzipielle Verträglichkeit mit der Ebene 3. Sie beschädigt ihre eigenen Legitimationsbedingungen, wenn sie darüber hinausgehende Forderungen erhebt.

Die Menschen- und Bürgerrechte, die den Raum für die Privatautonomie auf den Ebenen 1 und 2 konstituieren und die auf der Ebene 3 begründet und garantiert werden, können nur *individuelle* Rechte sein und keine kollektiven Rechte, für deren Vermittlung und Verwaltung kulturelle oder religiöse Kollektive benannt werden, in deren Namen Repräsentanten Inhalte definieren, Grenzen ziehen und Kontrollfunktionen wahrnehmen (Gerhardt 2007, insbes. Kap. 10). Nur die einzelne Person kann die Verbindlichkeiten, Praktiken und Zugehörigkeiten, die auf diesen Ebenen eine Rolle spielen, letztinstanzlich für sich selbst entscheiden. Sie muss jederzeit das Recht und die gesicherte soziale Chance haben, ihre Personenrechte gegebenenfalls gerade auch gegen unerwünschte Zumutungen von Repräsentanten des „eigenen“ ethno-kulturellen bzw. kulturell-religiösen Kollektivs behaupten zu können, dem sie zugerechnet wird oder dem sie sich selbst zurechnet. Einen „Artenschutz“ für bestimmte Gestaltungen kultureller Lebensweisen, unabhängig von dem, was die unterschiedlichen Individuen in ihrer Lebenspraxis daraus

machen möchten, kann es in der rechtsstaatlichen Demokratie darum nicht geben (Habermas 1997).

Die harten Grenzen der Institutionen der Demokratie und die Minima einer alle verbindenden politischen Kultur, auf die die Demokratie um ihrer eigenen Lebenschancen willen hinwirken muss, sind gleichwohl eindeutig. Wer gegen die Grundwerte der Menschenrechte und Demokratie selbst Stellung bezieht, hat in der Demokratie keinen legitimen Platz, wie immer seine religiösen und kulturellen Rechtfertigungsversuche auch lauten mögen. Darum kann der Dialog der Religionen und Kulturen weder ziel- noch bodenlos sein. Die Orientierung auf eine gemeinsame politische Kultur der Demokratie gibt ihm Sinn und Richtung. Allerdings muss auch die Grenze nach der anderen Seite klar gezogen werden. Wer eine der kulturell bedingten Lebensformen in der Demokratie zur Leitkultur für alle machen will, verletzt selber die Grundnormen der rechtsstaatlichen Demokratie. Eines der Hauptergebnisse der politischen Kulturforschung besteht auch darin: Politische Kultur lernt man nicht im Unterricht, in Seminaren oder beim Anhören großer Reden, sondern in der Alltagspraxis konkreter Lebenserfahrungen. Wenn Demokratie die Chance zur gleichberechtigten Teilhabe und zum toleranten Zusammenleben nicht bietet, dann schafft sie auch nicht die Kultur, die sie verlangt und zum eigenen Überleben braucht.

Die Säkularisierung scheint dazu einzuladen, dass diejenigen ethischen Kollektive, die die stärkste gemeinschaftliche Organisationsmacht und Motivationskraft entfalten können, auch ein inhaltliches Definitionsrecht darüber beanspruchen, welche ethischen Normen gelten müssen und wie sie im konkreten Anwendungsfall auszulegen sind. Diese Verführung liegt nahe. Nach der harten Pluralismusregel, wonach das Gemeinwohl nichts anderes sein kann als das Ergebnis des Kampfes der Interessen im rechtsstaatlichen Rahmen, setzen sich dann bei der Auslegung der allgemeinen Rechtsnormen der Verfassung eben die stärksten Bataillone durch, also jene, die für ihr Auslegungsinteresse die größte soziale und publizistische Repräsentationsmacht entfalten können. Diese Regel ist freilich schon bei den regulativen und distributiven politischen Entscheidungen über profane Interessen höchst fragwürdig und wird daher in fast allen liberalen Verfassungen durch geschriebene oder ungeschriebene soziale Grundrechte und Fairnessregeln begrenzt.

5. Eine Kultur der Heuchelei

Die Heuchelei der herkömmlichen Kultur-Industrie ist längst durchschaute Routine. Sie gehört zum Geschäft. Die sich mittlerweile einspielende Heuchelei der Kultur-Kampf-Industrie übt sich gerade erst in der von Samuel Huntington vorgeführten Raffinesse ein. Dieser hatte im Gründungsdokument des neuen Gewerbes, *The Clash of Civilizations*, zuerst auf 520 Seiten sorgfältig „bewiesen“, dass im Verhältnis der religiösen Kulturen dieser Welt keine andere Verkehrsform mehr möglich sei, als der *finale clash*, um die letzte Seite des Werks für einen salvatorischen Appell zu nutzen, man möge sich doch, bitte schön, trotz alledem verständigen (Huntington 1996). In dieser Tradition hielt sich Ex-US-Präsident George W. Bush mit Mr. Graham einen persönlichen religiösen

Berater, der den Islam öffentlich als *evil religion* brandmarkte, stellte sich aber auf der Bühne neben die Imane, um wenigstens Bilder des Respekts vor ihnen in Umlauf zu bringen. So fügen die anspruchsvolleren unter den „westlichen“ Ko-Produzenten der Kultur-Kampf-Industrie ihrem dauernden Grundton, das Übel sei nicht der Missbrauch der anderen Religion, sondern diese selbst, fast immer einen kleinen Unterton der Differenzierung bei – wie Kleingedrucktes zu den Drogen der Pharmaindustrie. Denn dass der Islam, wie alle anderen Religionen, seine Fundamentalisten hat, viel zu viele wegen der unglücklichen Geschichte des Nahen Ostens, und dass er dort sogar in totalitärer Manier nach der Macht greifen kann, ist seit langem bekannt. Auch die Ursachen sind analysiert.

Leidenschaftliche Verbreitung in unseren eigenen Medien verdiente etwas ganz anderes, hierzulande weitgehend noch Unbekanntes, nämlich die Tatsache, dass diese ihren Hegemonial-Anspruch in keiner einzigen islamischen Gesellschaft zu Recht erheben können, weil ihnen überall friedlich gesinnte und an Liberalität interessierte Glaubensgenossen entgegentreten. Die beharrliche und informierte Beleuchtung dieses vernachlässigten Sachverhalts wäre aber in Wahrheit die größtmögliche Schwächung der Fundamentalisten und ihres politisch-religiösen Vertretungsanspruchs überall auf der Welt, vorausgesetzt freilich die Anwälte der liberalen Demokratie könnten im Westen selbst auf eine glaubwürdige Handlungsbilanz verweisen, ohne Guantanamo, Abu Ghraib und was dazu gehört.

6. Politik der Anerkennung

Die Kultur-Kampf-Industrie nährt sich von der Beschleunigung, den immer rascheren Zyklen der Ko-Produktion ihrer Konflikt schürenden Produkte. Jede Überdosis ist schädlich für alle, die damit in Berührung kommen. Gegen die Beschleunigungsspiralen der Kultur-Kampf-Industrie helfen nur Distanz und Differenzierung. Nur sie geben der Besinnung eine Chance. Für unsere kulturell vielfältige Welt sind sie ein Überlebensmittel. Die Kultur-Kampf-Industrie aber stärkt den Fundamentalismus auf allen Seiten, weil sie seine „Wahrheit“ scheinbar beweist.

Es geht um die Anerkennung der kulturellen Identität der Anderen und um die klare Unterscheidung zwischen den Religionen bzw. Kulturen selbst und den politischen Formen ihrer Instrumentalisierung für Zwecke kultureller und politischer Herrschaft. Die Bedingungen der gleichen Bürgerschaft in der Dimension aller fünf Gruppen universeller Grundrechte, neben den bürgerlichen und politischen, auch der sozialen, ökonomischen und kulturellen, erfüllt nur eine Politik der Integration durch Anerkennung, die drei Handlungsstrategien miteinander verbindet (Taylor 1997; Meyer 2002):

1. Die Anerkennung unterschiedlicher kultureller Identitäten,
2. die Anerkennung des verpflichtenden Rahmens der rechtsstaatlichen Demokratie und der universellen Grundrechte durch alle kulturellen Kollektive, also die Ausbildung einer gemeinsamen politischen Kultur und
3. die gleichberechtigte Teilhabe aller an den sozialen und ökonomischen Ressourcen und Chancen der Gesellschaft.

Es liegt auf der Hand, dass der größte Dienst an der weltweiten Liberalisierung der interkulturellen Verhältnisse und die empfindlichste Schwächung von fundamentalistischer und populistischer Anmaßung die fortgesetzte Aufklärung über die Unterschiede innerhalb aller heutigen Religionen und Kulturen und deren Wirklichkeit in den einzelnen Gesellschaften wäre, um die es jeweils geht. Das wäre das genaue Gegenstück zum standardisierten Massenprodukt der sich etablierenden Kultur-Kampf-Industrie. Aber das reicht nicht. Ebenso wichtig, wahrscheinlich das Wichtigste überhaupt, ist nämlich die dritte Dimension der Politik der Anerkennung: die faire Teilhabe aller an den materiellen und sozialen Ressourcen einer gleichberechtigten Lebensführung, vor allen in den Schlüsselbereichen der Bildungschancen, des Arbeitsmarktes und der Erwerbseinkommen.

Solange diese nicht gewährleistet wird, innerhalb unserer eigenen Gesellschaft und in der globalen Arena, würden wohl selbst große und ernst gemeinte Gesten der symbolischen Anerkennung der anderen Kulturen bei den Benachteiligten den Verdacht nähren, es handele sich letztlich doch nur um Heuchelei der Privilegierten, denn vom wirklichen Sagen und Haben, Mitreden und Teilhaben blieben die Benachteiligten trotz der Anerkennungsgesten ja fortwirkend ausgeschlossen. Wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen. Liberale Demokratie, die glaubwürdig sein will, verlangt eine soziale Dimension. Der Beweis der Anerkennung liegt in der Bereitschaft zum Teilen.

Freiheit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft, auch in der Weltgesellschaft im Ganzen, hat nicht nur ihre Grenzen. Sie hat vor allem auch unbequeme Voraussetzungen.

Bibliographie

- Gerhardt, Volker (2007): Partizipation. Das Prinzip der Politik. München: C.H. Beck.
- Habermas, Jürgen (1997): Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat. In: Charles Taylor: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt am Main: Fischer, 147-196.
- Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München: Europa Verlag.
- Leibold, Jürgen/Kühnel, Steffen (2006): Islamophobie. Differenzierung tut not. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marty, Martin E./Appleby, R. Scott (1996): Herausforderung Fundamentalismus. Radikale Christen, Moslems und Juden im Kampf gegen die Moderne. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Meyer, Thomas (1989): Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne. Reinbek: Rowohlt.
- Meyer, Thomas (2002): Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Taylor, Charles (1997): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Mit einem Beitrag von Jürgen Habermas. Frankfurt am Main: Fischer.
- Weber, Max (1978): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Welsch, Wolfgang (1994): Transkulturalität – die veränderte Verfassung heutiger Kulturen. In: Stiftung Weimarer Klassik (Hg.): Sichtweisen. Die Vielheit in der Einheit. Weimar: Ed. Weimarer Klassik, 83-122.